

Informations- und Macht-Wirrwarr: Wer soll Vertragsarzt-Interessen vertreten?

Im Juli 2006 werden die Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten mit Medienberichten konfrontiert, die eher verwirren als Orientierung geben. Es bieten sich gleich mehrere Bewerber an, die die Interessen der Vertragsärzte künftig vertreten wollen. Dabei geht es auch um Macht. Medi, Ärztegenossenschaften und freie Ärzteschaft initiieren die Aktion 50.000 plus: „Wir brauchen Sie als Mitglied in unseren Organisationen, um für den äußersten Fall einer kollektiven Zulassungsrückgabe die erforderliche Macht ausüben zu können“.

Die Führer der Bewegung meinen es alle gut mit den Vertragsärzten. Auch wollen sie die KVen nicht abschaffen. Sie mutmaßen: „Das körperschaftliche System schafft sich selbst ab“, und bieten sich als Parallelorganisation an. Doch professionell wirkt das alles nicht.

Auch der Hartmannbund versucht sich Profil zu geben und zieht zu Felde gegen die KBV-Obernen, die sich nicht ausreichend für das Hartmannbundziel Kostenerstattung einsetzen. Er bringt sie in die Nähe von Erfüllungsgehilfen der Politik. Die Konsequenz bleibt offen.

Der änd (Ärzenachrichtendienst) ruft in seinem Online-Dienst zu einer Umfrage zur Zulassungsrückgabe auf, nachdem das von der KBV angekündigte „Referendum“ auf sich warten läßt. Der änd ist ein für Haus- und Fachärzte offenes Forum, in dem sich freilich vor allem systemkritische Ärzte, u. a. die Mitglieder der freien Ärzteschaft, austauschen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist leicht vorherzusehen, ähnlich wie die Umfrageergebnisse von MEDI in Württemberg.

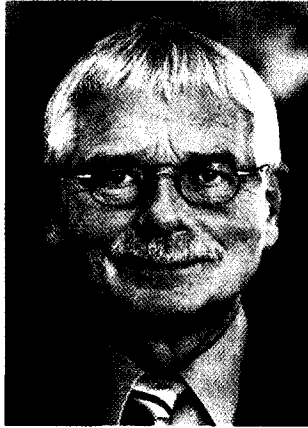
Die Allianz der deutschen Ärzteverbände (BDI, HB, MEDI, NAV-Virchowbund, Bundesverband der Ärztegenossenschaften, GFB), in der wiederum die freie Ärzteschaft nicht Mitglied ist, sieht ihre ausformulierten Ziele in den gerade vorliegenden Eckpunkten der Koalition nicht ausreichend verwirklicht und spricht von Treten auf der Stelle, ohne freilich weiter gehende Schritte und Forderungen anzukündigen. Das dürfte auch schwer sein. Denn die Kooptation von KBV, BÄK und MB ist angekündigt.

Der bisherige Machthaber, die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), sieht in den Eckpunkten der Koalition eine Basis, das bisherige System fortzuführen. Wesentliche Forderungen des KBV-KV-Systems und der Protestbewegung sind erfüllt: Sicherstellung der Versorgung mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten, kein Primärarztsystem, Vereinfachung der Wirtschaftlichkeitsprüfung, Grundlagen für einen fairen Wettbewerb, Entbürokratisierung und vor allem Fall des Honorarbudgets und Einführung einer Euro-Gebührenordnung.

Die „Welt“ sieht die Ärzte nach den Eckpunkten als Gewinner der Reform.

Die KVWL schließlich informiert ihre Mitglieder im August in einem Sonderpluspunkt über die Vor- und Nachteile des KV-Systems und über das Thema Zulassungsrückgabe. Vielleicht ist diese Information in dem derzeitigen Informations-Wirrwarr so etwas wie ein Leuchtturm. Die Westfalen und die Lipper treffen wichtige Entscheidungen nie aus dem Bauch heraus.

Es dürfte für alle, die sich als ärztliche Interessenvertreter engagieren, freilich schwer bleiben, die Belange der Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten gegen die eines Staates durchzusetzen, der sein Sozialsystem schon lange nicht mehr finanzieren kann und für die Zukunft eher an sich und den Bürger denkt als an den Arzt.



Dr. Ulrich Thamer,

1. Vorsitzender der

Kassenärztlichen Vereinigung

Westfalen-Lippe

Politik

Was bringt die Gesundheitsreform? 7

Serie

Todesbescheinigung NRW 10

Qualitätsmanagement

KPQM – Chancen und Risiken
für die Praxis 12

Ärztetkammer

Drei Verwaltungsbezirke
haben neue Vorsitzende gewählt 12

Magazin

Informationen aktuell 4

Leserbriefe 16

Persönliches 20

Ankündigungen der Akademie

für ärztliche Fortbildung der

ÄKWL und KVWL 27

Bekanntmachungen der ÄKWL 23

Bekanntmachungen der KVWL

26, 56

Fortbildungsankündigungen 65

Impressum 64